

Abschlussklärung der Task Force zur psychischen Situation von Kindern und Jugendlichen in Folge der Coronapandemie vom 7. April 2022

Die Corona-Pandemie und die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben die gesamte Gesellschaft kurzfristig vor umfassende psychosoziale Herausforderungen gestellt und zugleich eine enorme Bewältigungsfähigkeit aufgezeigt. Kinder und Jugendliche haben in den vergangenen zwei Jahren ganz erheblich zur Pandemieeindämmung beigetragen. Diese Solidarität und die Leistungen, die Kinder und Jugendliche in dieser Zeit erbracht haben, müssen stärker sichtbar gemacht und gewürdigt werden. Was Kinder, Jugendliche und auch junge Menschen im Übergang zum Erwachsenenalter gegenwärtig leisten ist enorm und bedarf großer Anerkennung.

Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass die Schließung von Schulen, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Freizeit-, kulturellen und sozialen Angeboten, Kontaktbeschränkungen und Sorgen um Gesundheit und Zukunft viele Kinder und Jugendliche stark belastet haben. Familien standen und stehen in der Pandemie unter erheblichem Druck. In vielen Fällen war die Eltern-Kind-Beziehung einer starken Belastung ausgesetzt oder hat darunter gelitten. Kinder und Jugendliche konnten aufgrund der Einschränkungen oftmals wichtige Entwicklungsschritte nicht altersgerecht vollziehen. Besonders von den negativen Folgen betroffen sind Kinder und Jugendliche, die unter ohnehin belasteten Rahmenbedingungen aufwachsen. Es gilt, auf diese Kinder ein besonderes Augenmerk zu richten.

Belastungen führen nicht unbedingt zu langfristigen Beeinträchtigungen – wichtig ist, dass sie wahrgenommen werden und die Möglichkeit besteht, sie gut zu verarbeiten. Angesichts des Ausmaßes der pandemiebedingten Belastungen sind erhebliche Anstrengungen auf allen Ebenen erforderlich, damit die Bewältigung möglichst gut gelingen kann. Die Resilienz und Ressourcen von Kindern, Jugendlichen und Eltern müssen weiterhin gestärkt werden, Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeit erhalten, verpasste Entwicklungschancen nachzuholen. Die Entwicklung einer Perspektive für die jungen Menschen muss in den Angeboten stets primär als Ziel gewählt werden und kann auch in niedrigschwelligen Angeboten erreicht werden. In vielen Fällen ist aber auch weitergehende Unterstützung und Hilfe notwendig, damit die pandemiebedingten Einschränkungen nicht zu langfristigen Nachteilen, Beeinträchtigungen und Erkrankungen führen.

Sowohl im Bereich der Prävention als auch bei bereits eingetretenen Beeinträchtigungen oder Erkrankungen bestehen zahlreiche Schnittstellen und Schnittmengen zwischen den Aufgabenfeldern der Kinder- und Jugendhilfe und dem kinder- und jugendpsychiatrisch-psychotherapeutischen System sowie der Kinder- und Jugendmedizin. Eine gute Vernetzung – zum Beispiel über die Kommunalen Gesundheitskonferenzen –, Steuerung, partnerschaftliche Kooperation und interdisziplinäre Angebotsentwicklung sind notwendig, damit Ressourcen und Kompetenzen so gut wie möglich ineinandergreifen und betroffene Kinder, Jugendliche und ihre Eltern den Weg in die passenden Angebote finden. Wo sich psychische Störungen von Krankheitswert akut zeigen, kommt der schnellen und angemessenen Behandlung eine besondere Bedeutung zu, um einer drohenden Chronifizierung

zu begegnen. Kinder- und Jugendärztinnen und Kinder- und Jugendärzte, niederschwellige Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, Beratungsstellen, insbesondere die Erziehungsberatungsstellen, sind oftmals erste Anlaufstellen und können eine wichtige Lotsenfunktion einnehmen, um die Inanspruchnahme von Angeboten für kinder- und jugendpsychiatrische und kinder- und jugendpsychotherapeutische Behandlungen zu unterstützen.

Die Ressourcen und Möglichkeiten dieser Hilfesysteme sind jedoch endlich. Zudem haben sich die Bedingungen seit Pandemiebeginn wesentlich geändert, da mittlerweile mit Impfungen, Testungen und Maskentragen gute und erprobte Möglichkeiten zum Schutz vulnerabler Gruppen und zur Eindämmung der Pandemie bestehen. Es muss daher gegenwärtig oberste Priorität sein, weitere Belastungen von Kindern und Jugendlichen so gut wie möglich zu vermeiden, den Druck auf Familien zu reduzieren und Entlastung zu schaffen. Kinder und Jugendliche sollten zu Entscheidungen, die sie betreffen, gehört und einbezogen werden. Die Wahrung des Kindeswohls und der Kinderrechte, wie das Recht auf Bildung, Teilhabe und Schutz, sollen bei Entscheidungen über Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie besonders berücksichtigt werden. Dabei ist auch zu beachten, dass sich Einschränkungen in der Regel gerade auf die für Entwicklungsrisiken besonders anfälligen Kinder und Jugendliche am stärksten auswirken.

Kinder und Jugendliche benötigen nach den Belastungen der letzten zwei Jahre Zeit und Raum sowie Gruppen- und Gemeinschaftserfahrungen, um wieder anzukommen, Vertrauen auf- und Belastungen abzubauen und sozial-emotional wieder Anschluss zu finden. Der Zugang zu den für das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen notwendigen Bereich – insbesondere Schulen, Betreuungseinrichtungen, aber auch sozialen Angeboten, insbesondere der Kinder- und Jugendhilfe, sozialen Räumen und Angeboten von Vereinen – muss gewährleistet und soziale Beziehungen von Kindern und Jugendlichen auch außerhalb der eigenen Familie gestärkt werden. Gerade für den Schutz von Kindern und Jugendlichen, die von sexualisierter und häuslicher Gewalt betroffenen sind, sind stabile Vertrauensbeziehungen außerhalb der Familie unerlässlich.

Bei der Information zu Pandemiethemata – insbesondere Ansteckungs- und Erkrankungsrisiken, Infektionsschutzmaßnahmen, Tests und Impfungen sowie Maßnahmen zur Pandemieeindämmung – sollten Kinder und Jugendliche als Zielgruppe besser berücksichtigt werden; es sollte auf allen Ebenen stets so kommuniziert werden, dass die Informationen für alle betroffenen Altersgruppen verständlich und nachvollziehbar sind und Kinder und Jugendliche auch tatsächlich erreichen.

In der Task Force wurden zahlreiche Maßnahmen erarbeitet, um Kinder, Jugendliche und Familien zu stärken und die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Kapazitäten im Gesundheitswesen sowie der Kinder- und Jugendhilfe kurzfristig weiter ausgebaut und möglichst zielgerichtet genutzt werden können. Hilfen und präventiv wirkende Angebote sollen in gemeinsamer Verantwortung von Gesundheitswesen und Kinder- und Jugendhilfe verstärkt werden. Konkret werden aufgrund der Arbeit der Task Force in Baden-Württemberg folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Kurzfristige Erhöhung der ambulanten Behandlungskapazitäten im Bereich der psychotherapeutischen und psychiatrischen Versorgung u. a. durch Ermächtigungen, welche auf Antrag von den Zulassungsausschüssen genehmigt werden können, sowie Aufhebung der Deckelung bei Jobsharing-Praxen.
- Kurzfristige Erhöhung der stationären Behandlungskapazitäten (bis zu 120 zusätzliche Betten oder Plätze), die im Wege eines Sonderbedarfs aufgrund der Corona-Pandemie für zwei Jahre ab Inbetriebnahme im Jahr 2022 ausgewiesen werden.
- Erhöhung der Kapazitäten für stationsäquivalente Behandlung im KJP-Bereich durch Aufhebung der Deckelung im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie für Neuantragsteller. Um Ungleichbehandlungen zu vermeiden, gelten Antragsteller mit bereits bestehenden StÄB-Einheiten, die zusätzliche Plätze beantragen, einmalig nochmals als Neuantragsteller.
- Verbesserung der Möglichkeit für intensivere Behandlungen in den kinder- und jugendpsychiatrischen Institutsambulanzen versorgender Krankenhäuser.
- Ausbau der Familienbildungs- und -beratungsangebote sowie der Familienbildungsfreizeiten durch zusätzliche Fördermittel i. H. v. 3 Mio. Euro.
- Erhöhung der Förderung für das Netzwerk Familienpatinnen und Familienpaten beim Deutschen Kinderschutzbund, Landesverband Baden-Württemberg.
- Förderprogramm für Fachberatungsstellen bei sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend.
- Umsetzung des Corona-Aufholpakets des Bundes durch Aufstockung von Stellenanteilen und Schaffung von Neustellen für die Schulsozialarbeit sowie Erhöhung der Landesförderung sowie Aufstockung von Stellenanteilen und Schaffung von Neustellen für die Mobile Jugendarbeit sowie die Mobile Kindersozialarbeit, Erhöhung der Fördersätze im Landesjugendplan sowie die Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit über die Landkreisstrukturen sowie Ausbau der Förderung der Frühen Hilfen.
- Impulse zur weitergehenden Vernetzung der Hilfesysteme, insbesondere von Kinder- und Jugendhilfe, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie sowie Kinder- und Jugendmedizin.
- Landesweite Durchführung von Regiokonferenzen zur Verbesserung der Vernetzung von Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe und Schulen in den Jahren 2022/2023.
- Erarbeitung einer interdisziplinären Handreichung zur Verbesserung der Zusammenarbeit vor Ort.

Diese Maßnahmen sind nicht nur zum Wohle der betroffenen Kinder und Jugendlichen geboten, sondern auch notwendig, um eine Überlastung der sozialen Sicherungs- und Hilfesysteme und langfristige und schwerwiegende Folgen für die gesamte Gesellschaft zu vermeiden.

Die Mitglieder der Task Force wollen die Zusammenarbeit im Rahmen des ressortübergreifenden Masterplans zu Coronafolgen für Kinder- und Jugendliche vertiefen, auf weitere Bereiche, insbesondere die Schulen und Kindertageseinrichtungen, ausdehnen und weiterhin gemeinsam für eine nachhaltige Verbesserung der Strukturen und bedarfsgerechte Versorgung Sorge tragen.